

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Wolff, Haasenstein & Vogler, C. L. Zamb, Invalidebank. Berlin: Bernh. Kuntz, Mar. Gersmann, G. Thiem, Halle a. S. L. Bard & Co. Hamburg: Wilhelm Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Kistner. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Die Zentralgenossenschaftskasse und die Reichsbank.

Gegenüber den Erörterungen in der Presse über die Finanzsprüche der Reichsbank durch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und die dadurch mit bedingte Erhöhung des Wechseldiskontsatzes auf 6 Prozent ergeben nachstehende Thatsachen, daß diese Behauptungen vollständig unzutreffend sind. Vorweg möge bemerkt werden, daß die Preussische Zentralgenossenschaftskasse den Wechselkredit der Reichsbank seit dem 1. Oktober September d. J. überhaupt nicht mehr in Anspruch genommen hat. Vom 1. Oktober bis zum 5. Dezember sind der Reichsbank nur noch Wechsel mit zehnjähriger Laufzeit im Betrage von etwa 410 000 Mark zum Ansauf eingereicht worden. Die Finanzsprüche der Wechselkredit der Reichsbank erfolgte also zu einer Zeit, als der Diskontsatz noch auf 4 Prozent stand, während die Zinserhöhungen am 10. Oktober auf 5 Prozent, am 9. November auf 5 1/2 Prozent und am 19. November auf 6 Prozent erfolgten. Auch bis fast zum Ende des Monats September d. J. war das Wechselengagement der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse bei der Reichsbank ganz unbedeutend, am 31. August d. J. nur 105 000 Mark. Es stieg dann in den letzten Tagen des September — bis zum 30. — und zwar wegen des außerordentlich starken Ultimobedarfes auf diesem Termine auf rund 12,2 Millionen, womit der höchste Stand erreicht war. Seit dieser Zeit bis zum 5. Dezember hat es sich jedoch trotz der allgemeinen Geldknappheit bereits auf rund 2,4 Millionen ermäßigt, es sind also rund 9,8 Millionen thätig und zwar in baar zurückgezahlt worden. Aus diesen Zahlen geht unzweifelhaft hervor, daß die Finanzsprüche der Reichsbank durch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, relativ betrachtet, eine außerordentlich geringe ist. Absolut aber muß diese Finanzsprüche geradezu als unbedeutend bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß die Preussische Zentralgenossenschaftskasse für etwa 700 000 wirtschaftlich thätige Personen die Ausgleichsstelle des Kredits ist, und zwar eines Kredits, der nicht zu Spekulationszwecken, sondern nur zu Produktionszwecken dient. Beachtet man, daß diese rund 700 000 produktiv thätigen Menschen an dem bei der Reichsbank am 30. September d. J. überhaupt in Anspruch genommenen Wechselkredit von 916 Millionen Mark mit nur 12 Millionen Mark beteiligt sind, so liegt die Galtlosigkeit der durch die Presse verbreiteten Angaben auf der Hand. Fast die Hälfte der bei der Reichsbank am 30. September laufenden 12 Millionen Mark Wechsel der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse stammen nun aber außerdem nicht aus der Landwirtschaft, sondern aus den mittleren und kleineren Handwerker- und Gewerbetreibenden. Die von der Presse behauptete Finanzsprüche der Reichsbank durch die Zentralgenossenschaftskasse kann man noch mehr zusammenfassen. Aus den bereits mitgetheilten Zahlen geht aber noch weiter hervor, daß auch von einer „dauernden Verletzung der Reichsbank, die nicht leicht abzuwenden sei“, nicht gesprochen werden kann. Monate lang ist das Wechselengagement der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse bei der Reichsbank ganz unbedeutend gewesen und bestand fast nur aus zur Eingehung übergebenen kurzen Wechseln. Das Wechselengagement stellte sich am

Ultimo April	auf M.
„ Mai	93 000
„ Juni (Quartalschluß)	2 868 000
„ Juli	104 000
„ August	105 000
„ September (Quartalschluß)	12 207 000
„ Oktober	9 937 000
„ November	5 100 000
5. Dezember	2 429 000

Die vorstehenden Zahlen zeigen deutlich, daß die Einleitung der bei der Reichsbank diskontirten Wechsel thätig in baar und durchaus nicht mit durch Wechselkontrollungen beschafften Mitteln erfolgt. Auch diese Behauptungen der Presse sind daher vollständig unzutreffend, und es muß ihnen gegenüber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß gerade die der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse zu den Quartalschläffen gewährten Kredite in schneller und regelmäßiger Weise zur Reichsbank zurückfließen.

Statistisches.

a) Tabakbau. Im Jahre 1897 hatten 155 517 Pflanzler innerhalb des deutschen Zollgebiets eine Gesamtfläche von 21 569 Hektar mit Tabak bepflanzt (1896 158 010 Pflanzler 22 076 Hektar) und geerntet 45 392 Tonnen Tabak in dachreifen trockenen Zustände oder 2102 Kilogramm auf 1 Hektar (1896 46 266 Tonnen oder 2996 Kilogramm auf 1 Hektar). Als Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner dieser Erntemenge wurden ermittelt 75,75 Mark (1896 80,42 Mark), so daß der Gesamtertrag der Tabakzucht sich auf 34,3 Millionen Mark (1896 37,2 Millionen Mark) berechnet. Im Jahre 1898 sind nach den vorläufigen Ermittlungen innerhalb des deutschen Zollgebiets nur 17 658 Hektar mit Tabak bepflanzt worden, so daß gegen 1897 sich eine Abnahme des Tabakbaues um 18 Prozent ergibt. Diese Abnahme, die sich auf alle wichtigeren Anbaubezirke vertheilt, erklärt sich ohne Zweifel durch die verhältnismäßig geringen Preise, die aus dem 1897er Tabak von den Pflanzern gelöst worden sind.

b) Salz. Im deutschen Zollgebiet sind während des Rechnungsjahres 1898 679 488 Tonnen Steinsalz (im Vorjahr 658 523 Tonnen), an Siebelsalz 545 587 Tonnen gegenüber 535 942 Tonnen im Vorjahr gewonnen worden. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat sich die Erzeugung von Steinsalz beinahe verdoppelt, während die Erzeugung von Siebelsalz in diesem Zeitraum sich nur um etwa 7 Prozent gehoben hat. Der Salzverehr des Zollgebiets mit dem Ausland betrug in der Einfuhr 22 365 Tonnen, etwas weniger als im Vorjahr (22 586 Tonnen), wogegen die Ausfuhr mit 217 854 Tonnen gegenüber 199 709 Tonnen im Vorjahr eine kleine Zunahme zeigt. Innerhalb des Zollgebiets wurden an Siebelsalz verbrannt (gegen Steuerentrichtung abgesetzt) 419 999 Tonnen oder 7,8 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Der

Verbrauch an unversäuertem Salz zu gewerblichen und landwirtschaftlichen Zwecken hat 607 374 Tonnen oder 11,2 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung betragen. Hier von sind 319 676 Tonnen an Soda- und Glaubersalzfabriken abgegeben worden, an chemische und Farbfabriken 88 622 Tonnen, für die Lederindustrie 28 831 Tonnen, für die Metallwarenfabrikation 32 767 Tonnen. Zur Viehfütterung sind 114 236 Tonnen und zu Düngungszwecken 3652 Tonnen verabfolgt worden.

c) Bierbrauerei und Bierbesteuerung. In allen deutschen Steuergebieten hat die Erzeugung und der Verbrauch von Bier im Rechnungsjahr 1897 gegen früher recht erheblich zugenommen. In der Hauptstadt wird dieses Ergebnis auf die günstige Lage von Gewerbe und Handel und die dadurch hervorgerufene bessere Lebenshaltung großer Bevölkerungszentren zurückgeführt; doch haben auch die geringe Obst- und Weinermittel des Jahres 1897 sowie nicht ungünstige Witterung mitgewirkt, den Biergenuss zu fördern. Im Brauereiergebnis (dem deutschen Zollgebiet ohne Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen und Luxemburg) wurden im letzten Rechnungsjahr 41,6 (Vorjahr 38,4) Millionen Hektoliter Bier erzeugt, in Bayern 17 (Vorjahr 16,2) Millionen Hektoliter, Württemberg 4,1 (Vorjahr 3,8) Millionen Hektoliter, Baden 2,7 (Vorjahr 2,2) Millionen Hektoliter, in Elsaß-Lothringen 1 Million Hektoliter (Vorjahr 0,9 Millionen Hektoliter) und im ganzen deutschen Zollgebiet (einschließlich Luxemburg) 66,6 (Vorjahr 61,6) Millionen Hektoliter. Für das Brauereiergebnis, Württemberg und Elsaß-Lothringen beziehen sich diese Zahlen auf die Zeit vom 1. April bis 31. März, für Bayern und Baden auf das Kalenderjahr, wobei zu bemerken ist, daß in Baden mit dem 1. Januar 1897 ein neues Steuergesetz in Kraft getreten ist und das vorhergehende Steuerjahr die 13 Monate vom 1. Dezember 1895 bis zum Schluß des Jahres 1896 umfaßt hat. Unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr berechnet sich der Bierverbrauch im letzten Jahre auf den Kopf der Bevölkerung für das Brauereiergebnis zu 103,5 Liter (Vorjahr 97,4 Liter), Bayern 243,5 (234,3) Liter, Württemberg 194,8 (183,1) Liter, Baden 154,8 (126,1) Liter, Elsaß-Lothringen 76,0 (74,8) Liter und für das ganze deutsche Zollgebiet zu 123,1 (116,0) Liter.

d) Zuckergewinnung und -Verfeinerung. Im Betriebsjahr 1897-98 waren innerhalb des deutschen Zollgebietes 402 Rübenzuckerfabriken (Fabriken mit Rübenverarbeitung), ferner 50 Zuckerraffinerien und 6 zehnjährige Melasseverarbeitungsanstalten im Betrieb. In diesen Fabriken wurden im Ganzen gewonnen (sämtliche Fabrikate auf Rohzucker umgerechnet) 1 944 400 Tonnen Rohzucker gegen 1 821 223 Tonnen im Betriebsjahr 1896-97. Die 402 Rübenzuckerfabriken haben 13 697 892 Tonnen (1896-97: 13 721 601 Tonnen) Rüben verarbeitet, die auf 437 174 Zentner gerannt wurden. Das Ergebnis der Rübenverarbeitung stellt sich im Durchschnitt 31,3 Tonnen auf 1 Hektar geringer als im Vorjahr (32,3 Tonnen), doch wurde die geerntete Rübenmenge durch höheren Zuckergehalt der Rüben ausgeglichen. Dies geht daraus hervor, daß in den Rübenzuckerfabriken im Durchschnitt zur Darstellung von 1 Kilogramm Rohzucker nur 7,80 Kilogramm Rüben gegenüber 7,90 Kilogramm im Vorjahr gebraucht wurden, und daß im Ganzen trotz der etwas kleineren Menge der verarbeiteten Rüben etwas mehr Zucker gewonnen wurde als im vorigen Betriebsjahr. Der Betrieb der Zuckerraffinerien hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht unerheblich gesteigert, da in diesen Fabriken 204 675 Tonnen Rohzucker mehr verarbeitet wurden als 1896 bis 1897. In den Melasseverarbeitungsanstalten gelangte nur ein geringes Mehr von 15 549 Tonnen Melasse zur Verarbeitung. Die Ausfuhr von Zucker der Klasse a war mit 478 941 Tonnen bedeutend geringer als im Vorjahr (760 657 Tonnen), was in der Hauptsache dem zurückgegangenen Absatz nach den Vereinigten Staaten von Amerika zuzuschreiben ist. Von Zucker der Klasse b wurden 478 812 Tonnen gegenüber 405 114 Tonnen im Vorjahr, von Klasse c 25 116 Tonnen gegenüber 21 191 Tonnen im Vorjahr ausgeführt. Bei diesen beiden Klassen (den besseren Raffinaden) hat sich der Absatz nach Großbritannien und anderen überseeischen Ländern, besonders Japan und Britisch-Indien, erheblich gesteigert. Im Inland sind gegen Entrichtung der Abgaben 636 399 Tonnen in den freien Verkehr gesetzt worden, d. h. 11,75 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der beiden Vorjahre, die wegen der Veränderungen in der Steuererhebung nur vereint in Betracht gezogen werden können, hat sich der Verbrauch auf den Kopf um 0,66 Kilogramm erhöht.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der „Radical“ hat in Erfahrung gebracht, daß man demnächst eine Affaire Henry haben werde. Die von dem Kassationshof geführte Untersuchung soll nämlich ergeben haben, daß der Verräther, welcher einen fremden Macht Dokumente des Kriegsministeriums auslieferte, der Oberlieutenant Henry war. Dieser, der 7000 bis 8000 Franken jährlich einnahm, gab durchschnittlich 30 000 aus. Er mußte also eine geheime Quelle haben und er bedurfte für sein Gewerbe auch eines Vermittlers, der nun Eriehazy gewesen sein kann. Dieser telegraphierte in gewissen Fällen aus dem Kriegsministerium und handelte die Schriftstücke ein, welche Henry ihm zustellte. Als die beiden Spiegelspieler merkten, daß man ihrem Treiben auf der Spur war, suchten sie einen Offizier, dem sie den Verräther zur Last legen konnten, und verfielen auf Dreyfus, der nicht beliebt war, und dessen Schrift derjenigen Eriehazys glich. Henry verteilte die Dokumente, die gegen Dreyfus gingen sollten, und Eriehazy war dabei nur sein Werkzeug. So erklärt der „Radical“ auch den Selbstmord des früheren Chefs des Nachrichtenbundes. Wenn dieser den in einem nächtlichen Raubversteck verfaßten Brief eines Militärattachés an einen anderen, wie Cavaignac heute noch behauptet, fabriziert hätte, um der Sache des Generalstabs dienlich zu sein und die Schuld des Hauptmanns Dreyfus zu erheben, so hätte er sich nicht umzubringen brauchen. Er tödtete sich, weil er die That begangen hatte, um den Ver-

bauch von sich abzulenken und seine Borgefekten zu täuschen.

Joseph Reinach behandelt im „Siecle“ das gleiche Thema und gelangt auf weiteren Umrissen zu dem gleichen Schluß. Nach seiner Ueberzeugung war es Henry, der seinem damaligen Borgefekten Oberst Sandherr das zerrissene Vorderbein, das er selbst Eriehazy diktiert hatte, in die Hände spielte und ihm den Namen Dreyfus zufügte. Sandherr war bekanntlich ein wüthender Antisemit. In seinem Zuhause hatte er den Vorgänger Boudes, den Generalstabschef der Militär, scheinlich getödtet, Dreyfus nicht in den Großen Generalstab zuzulassen, war aber von diesem kurz abgewiesen worden. Die Mittheilung Henrys erfüllte ihn mit wilder Freude. Daß Dupaty an diesen Anfängen der Affaire Dreyfus theilhaftig war, glaubt Reinach nicht; er hält ihn nur für einen fanatischen Antisemiten, der die Rolle eines Folterknechts in aller Aufrichtigkeit spielte. Um den General Mercier, der Luft zeigte, Dreyfus auf Grund des Mangels an Beweisen auf freien Fuß setzen zu lassen, daran zu verhindern, als es noch Zeit war, als noch Niemand außer Frau Dreyfus, welche durch Drohungen Dupatys zum Schweigen gezwungen worden war, um die Verhaftung wachte, eusselte Henry den Sturm, indem er selbst der „Bire Parole“ die Nachricht zur Veröffentlichung überbrachte. Einmal so weit, schiedete er Lügen über Lügen, und der Kriegsminister General Mercier mußte vor Drunton die Waffen strecken. Ferner gelang es Henry, den Oberst Sandherr, wahrscheinlich durch irgend eine List, zu bewegen, daß er ihn statt des Majors Gorbier an das Kriegsministerium delegierte. Hier schwor er, er wisse aus sicherer Quelle, daß ein Offizier des zweiten Bureaus des Generalstabs verräthe und daß dieser Offizier Dreyfus sei. Nach der Verurtheilung und Deportation des infuldigen betriebenen Henry und Eriehazy ihr Handwerk weiter. 1895/96 erhielt der deutsche Militärattaché die wichtigsten Auskünfte, und die beiden Spiegelspieler konnten sich in eine Summe von nahezu 100 000 Franken theilen. Eines schönen Tages lief aber das „Zeit blau“ in die Hände Picquarts und Eriehazy konnte nur auf Kosten des damaligen Chefs des Nachrichtenbundes gerettet werden. Das Uebrige ist so ziemlich bekannt. Reinach schließt mit dem an Drouot, der vorgefunden in Champigny gegen die „Verräther“ donnerte, gerichtet wurde, es gebe jetzt in Frankreich keine Verräther mehr, da Henry sich selbst gerichtet und Eriehazy die Furcht ergriffen habe.

Der Staatsanwalt Rouleau erklärte in der gestrigen Verhandlung des Strafgerichts wegen Aufreizung und Zusammenrottung gegenüber dem Vertheidiger, dem Doulangisten Marcel Habert, der Verlegung verlangte, diese sei desto wünschenswerther, als mehrere Abgeordnete während der nächsten Kammerferien wegen aufreizender Plakate der Antisemiten und Nationalisten gerichtlich verfolgt werden würden.

Jola befindet sich in London und wohnt in der Nähe des Crystalpalastes. Er erhielt kürzlich den Besuch seiner Gattin, welche gestern wieder abgereist ist. Sie wurde jedoch nicht von ihrem Gatten, sondern von Herrn Bizet, dem Ueberleger der Jola'schen Werke ins Englische, zum Bahnhofe begleitet.

Aus dem Reiche.

Der Herzog Johann Albrecht, Regent des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, feiert heute seinen 41. Geburtstag. Dem erlauchten Herrn hat, wie die „Strz-Bzg.“ schreibt, das letzte Lebensjahr denkwürdige Tage gebracht. So der 29. Juni, da er in Danzig die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft eröffnete, der 3. September, da er in der Kaiserparade bei Hannover dem obersten Kriegsherrn die wehrhaften Söhne Mecklenburgs vorführte, der 10. September, da er zum General-Major befördert wurde, und der 1. Oktober, da er für die neue dreijährige Sitzungsperiode des Kolonialraths zu dessen Mitgliedern berufen ward. — Der Landtagsabgeordnete für Ansbach-Grumbach, Anton Rath, ist von einem Schlaganfall heimgesucht worden. Sein Zustand ist sehr bedenklich. — Die Wahl des Oberbürgermeisters von Nordhausen, Herrn Schultze, zum ersten Bürgermeister von Charlottenburg hat dem Vernehmen der „Charl. Bürgerztg.“ nach die landesberühmte Bekämpfung gefunden. — Die Bürgerstadt zu Bremen beabsichtigt Abschaffung der Verbrauchsabgabe, falls die dreijährige Staats-Lotterie zur Einführung gelangt. Der Senat erklärt sich gegen die Lotterie. — In Breslau wurden bei der gestrigen Nachwahl zur Stadtverordneten-Versammlung zum ersten Male in Breslau zwei Sozialdemokraten gewählt, nämlich der Verleger Schütz und der Redakteur Bruns von der „Bolschewist“. Die Wahlbetheiligung war außerordentlich stark. — Der mecklenburgische Landtag bewilligte die Dampfkrantlage für die Route Warnemünde-Greifswald. Die Kosten belaufen sich auf 6 350 000 Mark. — Dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. ist von dortigen Handlungsgesellschaften ein Antrag zugegangen, im Wege des Krisistatuts für das Handels-gewerbe wenigstens für Engros-, Bank- und Fabrikgeschäfte die Sonntagsarbeit gänzlich zu verbieten. Der Frankfurter Magistrat erkundigt sich nun in einer Reihe von anderen Städten, namentlich solchen, deren Handel in Konkurrenz mit Frankfurt a. M. steht, wie man sich dort zu einem solchen Verbot stellen würde. Auch an die Berliner Vertreter der Kaufmannschaft ist diese Frage ergangen. Das Kollegium beabsichtigt zu antworten, daß ihm ähnliche Anträge für den Berliner Platz nicht bekannt geworden seien; die bethetigten Kreise hätten sich in die bestehende Regelung der Sonntagsruhe eingelegt. Bei der Art und dem Umfang des Berliner Handels-gewerbes, auch der Engros-, Fabrik- und Bankgeschäfte, könne das Kollegium sich auch keinesfalls damit einverstanden erklären, daß die Möglichkeit zur Sonntagsarbeit, die auch jetzt schon im Allgemeinen nur in dringenden Fällen ausgenutzt werde, den Kaufleuten noch weiter eingeschränkt oder gar genommen würde. — Den Stadtverordneten in Chemnitz ist soeben der auf Betreiben der Antisemiten ausgearbeitete Entwurf eines neuen Wahlrechts zugegangen, das an die Stelle des bisherigen allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zum Stadt-

verordnetenkollegium eine Mischung von Klassenwahl und Berufswahl setzt. Die wahlberechtigten Bürger sollen in Zukunft zerfallen in 1. eine „Allgemeine Abtheilung“, in welche alle Bürger gehören werden, die nicht weiter bezeichnet sind, aber ein Einkommen bis 2500 Mark haben; 2. eine Abtheilung „Arbeiterhand“, in welche Alle, die der Invaliditäts- und Altersversicherung unterliegen, hineinkommen sollen; 3. einen „Beamten- und Gelehrtenstand“, zu welchem die approbirten Aerzte, die öffentlichen, privaten und in den Aufstehen versetzten Beamten, die Geistlichen, die Lehrer, die Rechtsanwältinnen mit einem Einkommen von über 1500 Mark gehören sollen; 4. einen „Gewerbestand“, dem die Handwerksmeister sowie kleine Geschäftsleute angehören, und 5. einen „Handelsstand“, den die Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firmen mit über 2500 Mark Einkommen, sowie die Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaften bilden sollen.

Deutschland.

Berlin, 8. Dezember. Die in Brüssel erscheinende „Indep. Belge“ bespricht die Thronrede Kaiser Wilhelm's und sagt, es sei auffallend, daß in derselben des Dreibundes keine Erwähnung gethan sei. Es sei kein Zweifel, daß der Dreibund, sobald der kaiserliche Vertrag abgelaufen sei, nicht mehr erneuert werde. Dies ist auch die Meinung der übrigen Brüsseler Blätter.

Der Kaiser wird, so verlautet aus zuverlässiger Quelle, im Anschluß an das nächste jährige, bekanntlich in der Provinz Ostpreußen stattfindende Kaisermanöver einer großen artille-riischen Übung in der Nähe von Thorn be-wohnen und bei dieser Gelegenheit der Stadt Thorn den längst in Aussicht gestellten Besuch abstaten.

Der neue Präsident des Reichstages, Graf Franz von Ballestrem, Mittheilung a. D. und Majoratsbesitzer auf Schloß Plawonitz, ist 64 Jahre alt. Er machte als Geflebelieutenant am Leibkavallerie-Regiment 1863 und 1864 die Grenzbesatzungen gegen Polen mit, nahm am Feldzug gegen Oesterreich und 1870 als erster Adjutant der 2. Kavalleriebrigade am Feldzug gegen Frankreich theil. Nachdem er in Folge eines Sturzes vom Pferde in Frankreich Invalid geworden, schied er im Dezember 1871 aus der Armee. 1873 wurde er zum päpstlichen Geheimkammerer di spada e cappa ernannt. Dem Reichstag gehörte er für Appell seit 1872 an, bis er 1893 wegen seines Ein-tretens für die Militärvorlage ausstieg. Im neuen Reichstage vertritt er den Wahlkreis Lub-litz-Löb-Görlitz. Von 1890-93 war er erster Vizepräsident des Reichstages.

Den tabellarischen Anlagen zur Militär-vorlage ist noch zu entnehmen, daß die im Laufe der Jahre 1899 bis 1902 beabsichtigte Heeresverkleinerung außer der Erhöhung um 23 277 Gemeine auch eine solche um 861 Offi-ziere, 84 Militärärzte, 190 Beamte, 3299 Unter-offiziere und 7202 Dienstpferde erfordert. Die Zahl der Unteroffiziere und Gemeinen wird somit um 26 576 erhöht und beträgt demnach fünfzig, statt bisher 557 093, 583 669 Mann als Jahres-Durchschnittstärke. Seit 1893 wird die Zahl der Gemeinen und Gefreiten, nicht auch der Unteroffiziere gesetzlich festgelegt.

Wir tragen aus dem Etat für 1899 noch folgende Einzelheiten über die in Aussicht genommenen Gehaltsaufbesserungen der Reichs-beamten nach. Das Gehalt der Landricht-er wird von 900 Mark auf 1000 Mark erhöht ohne Verlängerung der Aufzugsfrist. Ebenso sind in allen Verwaltungen die Marginal-gehälter von 900 auf 1000 Mark erhöht und statt der mit 800 Mark beginnenden Unter-beamtengehälter überall, insbesondere bei den Eisenbahnschaffnern und Beamten mit 900 Mark beginnende Stufenfolgen vorgegeben. Bei den Reichseisenbahnen treten für den fehlenden pensionsfähigen Wohnungsgeldzuschuß 120 Mark hinzu. Es erhöht sich das Maximalgehalt der Rangir- und Wagenmeister und Werkführer von 1720 auf 1920 Mark, ebenso bei den Magazin-verwaltern und Packmeister von 1620 auf 1720 Mark. Für die Rademeister wird die Frist der Aufzugsfrist zum Höchstgehalt von 21 Jahren auf 18 Jahre abgekürzt. Die Zeughausbuchhalter des Heeres erhalten statt 800 bis 1200 Mark fünfzig 1200 bis 1800 Mark, und die Truppen-buchhaltermeister und die Regimentsschatler des Heeres und der Marine statt bisher 700 bis 1100 Mark 1200 bis 1600 Mark. Bei den Reichseisenbahnen erhalten die Zugführer und Oberpächtermeister statt bisher 1400 bis 1800 Mark fünfzig 1500 bis 2100 Mark. Den Lokomotiv-führern wird wie in der preussischen Verwaltung die Frist der Aufzugsfrist zum Höchstgehalt von 18 auf 15 Jahre abgekürzt. Den Werkbetriebs-sekretären wird das Maximalgehalt auf 3000 Mark erhöht. In der Heeresverwaltung erhält das Festungsbaupersonal, Oberbauwärter und Bauwärter ein verbessertes Aufzugsrecht durch Zusammenlegen zu einer gemeinsamen Gehaltsklasse (1400-4000 Mark) mit 21 Jahren Gesamt-aufzugsfrist. Für die Angehörigen der Ge-haltsklassen von 1100-1500 Mark (Kriegs-leitener, Hausdiener, beim großen Generalstab, Generaladjutanten, Oberaufseher und Aufseher bei den Magazinverwaltungen, Bauaufseher, Brückenwärter u. i. v. bei der Marineverwaltung) wird das Gehalt von bisher 1100 bis 1500 Mark auf 1200 bis 1600 Mark gebracht. Der Etat erhöht schließlich bei den höheren Beamten das Maximalgehalt von bisher 6900 auf 7200 bei den Intendanten- und Bauärzten des Reichs-heeres und der Marine, den Oberpostärzten, Postärzten und Postbauärzten und bei den entsprechenden Stellen in der Reichslandwehr. Bei der Marine ist das Gehalt der Intendanten von bisher 6600-8100 auf 6900-9000 Mark wie bei den Intendanten des Heeres erhöht. Ferner erhalten die Marineoffiziere eine Erhöhung des Weisgehalts um 300 Mark. Dazu kommt die bekannte Erhöhung des Gehalts der Staats-sekretäre um 6000 Mark.

Die zwei von der Freisinnigen Volks-partei im Reichstage eingebrachten Initia-tiv-anträge, welche die Aufhebung des Zeugnis-zwanges und des fliegenden Gerichtsstandes für die Presse betreffen, lauten wörtlich: 1. „Ein-ziger Artikel. Hinter dem § 55 der bestehenden

Strafprozessordnung ist folgende Bestimmung neu hinzuzufügen: § 55a. Begründet der Inhalt einer periodischen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, für welche nach § 20 Absatz 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteur und Drucker, sowie deren zur Herstellung der Druck-schrift verwendetes Hilfspersonal berechtigt, das Zeugnis über die Person des Verfassers und Entwerfers zu verweigern.“ 11. „Einziger Artikel. Dem § 7 der bestehenden Strafprozessordnung ist als zweiter Absatz folgende Bestimmung hinzu-zufügen: Bildet der Inhalt einer im Inland er-schienenen periodischen Druckschrift den That-bestand einer strafbaren Handlung, so ist, soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Heraus-gabers, Redakteurs, Verlegers oder Druckers in Frage steht, der Gerichtsstand der begangenen That nur bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist. Die Fälle der Verfolgung im Wege der Privatklage sowie diejenigen, in welchen die strafbare Hand-lung in der selbstständigen Verbreitung der Druck-schrift besteht, werden durch diese Vorschrift nicht berührt.“

— Das Zentrum hat beschlossen, den An-trag auf Aufhebung des Zeugnissgesetzes wieder einzubringen und die Anträge betreffend die Ver-säuerungen und die Einführung von Arbeiter-kammern zu wiederholen.

Belgien.

Brüssel, 7. Dezember. In einem neuen Werke, welches den Titel „Der Unabhängige Kongostaat“ trägt, schreibt der Generalsekretär der Kongos-Bahn Wauters: Seit dem Aufstehen des Mahdi im Jahre 1881 hat sich der Souverän des Kongostaates fortwährend damit beschäftigt, die verloren gegangenen Provinzen Luptons und Emin Pashas dem Einflusse der Zivilisation zurückzugewinnen. Anfangs Januar 1884 wurde diese Idee in Brüssel mit Gordon erwoogen. Später kündigte Gordon sogar an, er beabsichtige sich mit seinen Truppen und Dampfern nach dem Süden zurückzuziehen und die Provinz Bahrel-Ghazal sowie die Äquatorialprovinz unter das Protektorat der Kongogesellschaft zu stellen, wenn er nicht in kurzer Zeit Unterstützung erhielte.

Der Justizminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das Abgehen von unflüchtigen Kindern von Kindern unter 16 Jahren mit Gefängnis von einem bis drei Monaten oder mit Geldstrafe von 100 bis 1000 Franks belegt wird.

Frankreich.

Paris, 7. Dezember. Es verlautet, Del-cassé werde in London anfragen, ob Monjon's Rede von Salisbury gebilligt werde. Die Blätter verlangen förmlich die Ausrufung des Vol-kskassers wegen Verleumdung Frankreichs.

Spanien und Portugal.

Madrid, 7. Dezember. Bei Beginn der gestrigen Sitzung der Friedenskommission in Paris äußerte sich Montero Rios über den die Explosion der „Maine“ betreffenden Passus der Vorklage Mac Kinsleys. Montero Rios legte in bereiten Worten Verwahrung ein gegen die gegen Spanien gerichteten unwürdigen Verleumdungen und wandte sich energisch gegen die vor aller Welt von Neuem erhobene Anschuldigung, die in dem Augenblicke erfolge, in welchem die Arbeiten der Friedens-kommission sich ihrem Ende nähern, und zwar wahrscheinlich in der Absicht, für die Verleumdungen, denen Spanien ausgesetzt gewesen, eine Erklärung zu geben und sie zu rechtfertigen. Montero Rios schlug am Schluß seiner Ausführungen vor, einer aus Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Englands zusammengelegten internationalen Kommission die Aufgabe zu übertragen, die Ur-sachen der Explosion auf der „Maine“ zu er-forschen und festzustellen, wen die Verantwortung treffe. Montero Rios erklärte, Spanien wäre von vornherein bereit, sich den Schlussfolgerungen des Schiedspruches zu fügen. Die amerikanische Kommission beschränkte sich darauf, den Vorschlag einfach zurückzuzweifeln.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Dezember. In Hilz-kreien wird berichtet, die Nachricht, Großfürst Nikolaus werde zu dem am 18. Dezember statt-findenden Einweihung der Gedächtniskirche in Galatari bei San Stefano mit zahlreichen Kriegsschiffen hierher kommen, sei insofern un-zutreffend, als bisher russischerseits kein Eruchen zur Durchfahrt durch den Bosporus gestellt und nur bekannt sei, daß der Großfürst zu der genannten Feier auf einer Yacht hierherkommen werde.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 8. Dezember. Der Kreis-tag des Randower Kreises wird in einer auf Donnerstag, den 22. Dezember, anberaumten Sitzung zur Frage der Einverleibung von Grabow, Bredow und Nemitz in den Stadtbezirk Stettin Stellung zu nehmen haben.

— Herr Ralph Vernal ist zum eng-lischen Konjul für die Häfen von Stettin und Swinemünde wie für die Provinz Pommern mit dem Sig in Stettin ernannt worden.

— Der bisherige Oberförster W 111111 in Misdrön, Regierungsbezirk Stettin, zur Zeit Hilfsarbeiter im Ministerium für Landwirth-schaft, Domänen und Forsten, ist zum Re-gierungs- und Forsttrath ernannt worden.

Bei dem am Sonnabend bei dem hiesigen Ober-Landesgericht unter Vorsitz des Präsidenten Geh. Oberjustizrath Dr. Meyer abgehaltenen Referendarexamen befanden sich die drei erschienenen Kandidaten: Frosch, Freund und Pflanz.

— Für den Weihnacht's-Paket-ver-kehr, der jetzt in kurzem wieder kolossale Aus-dehnung gewinnt, sei besonders auf die großen Vorteile hingewiesen, welche das Verschicken der Pakete als Einschreib- oder Wertheilungen bietet. Diese genießen von vornherein den Vor-zug, an den Paketkalkülen Abends bis 8 Uhr angenommen zu werden, während dies bei ge-wöhnlichen Paketen nur bis 7 Uhr geschieht. Ferner bleiben die gewöhnlichen Pakete in der Weihnachtszeit wegen übermäßiger Ansführung

